

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa,
Herausg. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
States der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postsekonto: Dresden 1534
Circula Riesa Nr. 22.

Nr. 252.

Montag, 27. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschreib-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wajtschlag, Fette Tarife, bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verjährt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor der Landtagsauflösung in Sachsen?

Deutschnationale und Sozialdemokraten für Landtagsauflösung.

Parteitag

der Deutschnationalen Volkspartei.

Wahlkreisverband Ostsachsen.

18. Meißner, 26. Oktober. Der Parteitag wurde am Sonntagabend in Meißner durch eine Sitzung des engeren Vorstandes eröffnet, die schließlich über die dem Parteitag vorzulegenden Entschlüsse Beschlüsse faßte. Die danach stattfindende Sitzung der Parteivertretung war eingeschoben worden, zum Zwecke einer kurzen Vorberedung über die durch die Landtagsauflösung geschaffene Lage und die für die Aufstellung des Wahlvorschlages maßgebenden Grundzüge und Richtlinien. Unter der Parole: „Sinn in die große Verantwortung“ wurde die Grundforderung aufgestellt, die starken nationalen und wirtschaftlichen Kräfte der Partei nicht zerplittern zu lassen im kleinen Parlamentskampf der Partei, sondern sie konzentriert zu erhalten für die nationale Gestaltung deutscher Aufgaben und Wirtschaftspolitik. — Unter begeisterten Beifall gab der Abg. Schreiber als Vorsitzender des sächsischen Landtags Kenntnis von dem am Vortage einstimmig gefaßten Beschlusse des Landesparteitages, sich auch bei dieser Wahl wieder geschlossen hinter die Deutschnationale Volkspartei zu stellen. Zur Weiterberatung der Kandidatenfragen wird die Parteivertretung in der nächsten Woche erneut zusammentreten.

Die öffentliche Versammlung.

Zu einer wichtigen Kundgebung schickte sich der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, Wahlkreisverband Ostsachsen. Bald vermodete der Saal die Höhe und Parteilichkeit nicht zu lassen. Von der Bühne grüßte, umrankt von grünem Blätterwerk, Bismarck. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Ostsachsen, Rechtsanwalt Dr. Philipp Dresden, eröffnete die Tagung. Seine Begrüßungsworte galt zunächst dem getreuen Führer der sächsischen Landwirtschaft, Abgeordneten Schreiber. Rechtsanwalt Dr. Philipp führte dann etwa folgendes aus: Erneut ist der Wahlkampf angebrochen. Die Sozialisten hoffen aus dem Wahlkampf wieder als die stärkste Partei, die sie waren, hervorzugehen und wollen dabei von vornherein der neuen Regierung noch stärker als bisher ihren Stempel aufdrücken. Was haben wir dagegen zu setzen? Den unerschütterlichen Willen, daß unsere Partei aus dem Wahlkampf stärker als je in den neuen Reichstag einzieht, um damit zu erzwingen, daß im Zukunft die deutsche Reichsregierung freibleibt von der Belastung der Sozialdemokratie. Wir können keine Gemeinschaft haben mit Bauern und Fleischer, mit den Ales-Wägern und Niemals-Wägern. Rot kennt doch Gebot und die politische Rot unseres Volkes muß sich das Gebot selbst schaffen: Die Treue von Mann zu Mann, die Tapferkeit, die Freundschaft zur Tat und das Bekenntnis, daß wir den Wahlkampf unter den alten siegreichen Fahnen Schwarz-Weiß-Rot führen werden.

Landtagsabgeordneter Dr. Schreiber dankte dann dem Vorsitzenden für die Worte, die er ihm gewidmet hat. — Worte des Dankes richtete der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Elternvereine Dr. Sering an die Versammlung. Nicht allein gelte es heute dem Kampf politischer Interessen, sondern es gehe um die höheren Ziele der Partei, die man zusammenfassen könne in die Worte: Einigkeit, Kulturinteressen und völkische Frage. — Ihm schloß sich Reichstagsabgeordneter Gerimann, der Vertreter des Deutschnationalen Arbeiterbundes, an. Mit zwingenden Worten schilderte er den Aufstieg der nationalen Arbeiterbewegung. 700 000 Arbeiter hätten sich im Bunde organisiert und damit bekundet, daß sie nicht mehr wollen von Klassenhaß und Klassenkampf. Als Vertreter der deutschnationalen Gemeindeverordneten begrüßte Rechtsanwalt Kahlmann Dresden die Versammlung. Er brachte den Dank des Verbandes der Hausbesitzervereine für die Tätigkeit, die die Partei im Reichstag geleistet. Von brausem Beifall empfangen, trat dann ein alter Kämpfer der Partei an das Rednerpult: Reichstagsabgeordneter Dr. Philipp Dorna.

In großen Zügen zeichnete er zunächst das Bild vergangener Reichstagspolitik und entrollte dann ein erschütterndes Bild deutscher Not und Zerrissenheit. Der Redner führte dabei etwa folgendes aus: Der kommende Wahlkampf wird im Bewußtsein des Volkes kein Fremdenlied sein. Aber wir scheuen diesen Kampf nicht, weil wir verantwortungsbewußt vor die Wählermassen treten können und ihnen die Rechenschaft geben, die sie verlangen können. Zunächst verweist der Redner auf die seinerzeitige Abstimmung im Reichstag über die Gesetzgebung über Sachverständigenrat. Die Haltung der Partei in der Abstimmungsfrage, fuhr der Redner fort, bedeutet noch, wie so oft die Meinung der Öffentlichkeit, einen Akt der Dummheit, sondern ihr lag verantwortungsvolle Überlegung zu Grunde. Die Leute, die damals mit Ja stimmten haben, hatten triftige Gründe, die man achten muß. Es war die Frage zu erwägen, ob man 200 000 Menschen weiter einem willkürlichen Besatz ausliefern lassen wollte oder ob man auf dem Wege der Unterhandlung versuchte, zu einem für Deutschland günstigen Ergebnis zu kommen. Das alles läßt sich hören. Denn wir am 29. August zu einer Auflösung des Reichstages gekommen

wären, mit der die Regierung drohte, wäre es mit der ganzen Höhe der Herrlichkeit der Partei vorbei gewesen. Ich sage, es läßt sich hören, mein Standpunkt ist es nicht. Die Reichsregierung hatte Erfüllung unserer Forderung ausgesetzt: Aufhebung der Kriegsschuldenfrage. Diese Erfüllung ist zwar im Reichstage erfolgt, jedoch hat die Reichsregierung bis heute nichts unternommen, um der Kriegsschuldenfrage im Auslande entgegenzutreten. Soll nun aus der vorher aufgeworfenen Frage die Bilanz gezogen werden? Es sind Klagen an den Parteivorstand gekommen, die sich mit der Haltung der Fraktion befassen. Es muß angegeben werden, daß durch die verächtlichen Abstimmung ein Miß durch die Partei gina. Die Partei war aber nie geteilt. Wer heute noch behauptet, daß die Partei durch das Abstimmungsergebnis Schaden an sich gelitten hätte, der führe sich den letzten deutschnationalen Parteitag vor Augen, der das Bild völliger Geschlossenheit in einem Willen gezeigt hat. Am 30. September brannen die Verhandlungen über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Als stärkste Fraktion fanden ihr vier Minister zu. Selbstverständlich versuchte man zu handeln. In dem verächtlichen Handeln des Reichskanzlers liegt sein erster Fortschritt. Getreu unseren Grundzügen verlangten wir als Voraussetzung für eine gesunde Reichspolitik das Einströmen zur Volksgemeinschaft, die sich aufbaue in Ablehnung des Klassenkampfes, Aufhebung der Kriegsschuldenfrage als Grundlage für die Aufwärtsentwicklung des deutschen Staatslebens.

Rum zur Regierungserweiterung. Reichskanzler Dr. Marx lehnte anfangs unsere Grundzüge ab, nicht aber dafür immermehr zur sozialdemokratischen und demokratischen Ansicht, daß eine Veränderung der Regierung nach rechts zum Augenblick nicht angängig sei. Die Verträge des Reichskanzlers, eine Verbrüderung der Regierung nach rechts herbeizuführen, erzeugten bei den Demokraten das Gefühl des Würgens. Die Demokraten sind der Meinung, es wäre uns wohlher ohne ihm. Jeder Demokratie nach Zentrum haben eine ehrliebe Politik geübt. Die Schuld an dem Scheitern wollen sie aber den Deutschnationalen zuschieben. Der Zusammenbruch der demokratischen Partei ist durch die eigene Schuld erfolgt. Die Deutsche Volkspartei drohte in erfreulicher Konsequenz, ihre Minister zurückzuziehen, wenn man die Deutschnationalen nicht in die Regierung aufnehme. — Zur Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erklärte der Redner unter allgemeinem Beifall, daß Deutschland in diesem Bunde so lange nichts zu suchen habe, als die Statuten des Völkerbundes Bestimmungen enthalten, die mit den Ehrgeizigen, wie unser Volk sie kennt, nicht zu vereinbaren wären. Die Frage der Regierungserweiterung scheiterte nach Angabe des Reichskanzlers an parlamentarischen Schwierigkeiten. Dabei tritt doch klar zu Tage, daß der Reichskanzler seine ganze Unsicherheit hinter diesen Ausflücht verbirgt. Ich bin der Ansicht, daß man diese Art einer Regierungsbildung und ihre politischen Zusammenhänge, wie sie von den Demokraten betrieben wurde, als verkappten Staatsstreich bezeichnen muß. Der Reichspräsident hat seine Aufgabe insofern nicht erfüllt, als er nach Verlangen des bisherigen Reichskanzlers nicht sofort einen anderen nationalen Parteiführer mit der Regierungsbildung beauftragte.

Die Politik der Mitte lehnen wir ab. Sie ist selbst nach Stresemanns Worten Politik der Mäusen. Der Außenminister Stresemann hat in seiner bedeutungsvollen Rede in Frankfurt a. M. die Politik der Mitte gekennzeichnet mit den Worten: Daß sie nicht zur Vereinigung des politischen Lebens angeht. Die Landwirtschaft fordert Schutz. Wir haben im Aufwertungsausschuß positive Teilergebnisse gehabt, sie zerrinnen, da man den Reichstag aufgelöst hat. Auch das Kapitel Oberst ist eine wertvolle Wahlparole. Wenn Reichspräsident Ebert den Sinn der Zeit erkannt hätte, da würde er einem Befähigteren schon lange Platz gemacht haben.

Im Anschluß an diese Rede verlas der Vorsitzende einen Brief an Staatsminister Erzellens Herzog, in dem dieser der Dank der Partei ausgesprochen wird, die Hoffnung dabei anknüpfend, daß seine wertvolle Arbeit der Partei weiter erhalten bleibe. Der zweite Redner, der Landtagsabg. Syndikus Dr. Berg, vorbereitete sich jedoch in längeren Ausführungen über die sächsische Politik. Der Redner ließ in trefflichen Ausführungen die einzelnen Regierungen Sachsens, mit dem Kabinett Bud-Lipinski beginnend, Revue passieren. Zum Schluß der Rede zerstückelte der Redner das Dames-Gutachten, wobei der Meinung Ausdruck gab, daß der Standpunkt der Fraktion in Bezug auf die Abstimmung teilweise Widerspruch im Lande gefunden habe.

Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende

Entschlüsse

an: Die Deutschnationale Volkspartei Ostsachsens tritt in voller Geschlossenheit in den Wahlkampf ein. Sie wird diesen getreu den bewährten Grundzügen der Partei führen und, befehl von dem Willen, den nationalen Gedanken zu entscheidender Macht in Deutschland zu bringen. Sie kämpft für den völkischen, christlichen und sozialen Staat auf der Grundlage wahrer Volksgemeinschaft, sie bekämpft Demokratie und Parlamentarismus, die im Reich, wie in Sachsen, völlig verjagt haben. Stajen-

famnt und Terror, unter dem kein Land mehr wie Sachsen geknechtet hat. Zur Reinigung des politischen Lebens vom Novembergeist fordert sie Abrechnung mit den Partien der Finen und ihren Anhängern, zur Wiederherstellung des kulturellen Friedens wird sie sich mit ganzer Kraft für die Erneuerung und Sicherung der in Sachsen bodenständigen evangelischen und katholischen Bekenntnisse einsetzen. Für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung fordert sie eine starke Staatsgewalt, die sich auf alle aufbauenden Kräfte unseres Volkes stützt. Sie wird mit aller Entschiedenheit sich für die Erhaltung der freien Wirtschaft einsetzen und alles rücksichtslos bekämpfen, was sich einer gesunden Aufwärtsentwicklung von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe entgegenstellt und sie fordert daher auch die baldige Auflösung des Landtages.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Leipzig, 26. Oktober. Der Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei entschied sich in einer einstimmig angenommenen Entschlüsse zur Landespolitik für die sofortige Auflösung des sächsischen Landtags und beauftragte die Landtagsfraktion, die Landtagsauflösung so zu betreiben, daß die Neuwahl zum Landtag zugleich mit der Reichstagswahl am 7. Dezember stattfindet.

In einer zweiten Entschlüsse empfiehlt der Parteitag, nachdem der letzte Reichsparteitag zum Sachverhalt erklärt habe, daß bei der Kandidatenaufstellung die bisherige Einstellung der einzelnen Parteigenossen in dem jetzt übermündeten Parteistreit nicht gewertet werden solle, die bisherigen Abgeordneten wieder anzustellen, soweit nicht in einzelnen Fällen besondere Bedenken, insbesondere das Interesse der Partei, die Wiederaufstellung unmöglich machen.

In einer weiteren Entschlüsse wird die sächsische Regierung aufgefordert, schnellstens Vorbereitungen zu einer Amnestierung der politischen Verurteilten zu treffen und sie in weitestem Maße zur Anwendung zu bringen. Einigemäß fordert der Landesparteitag weiter die Niederschlagung der noch schwebenden Prozesse. Insbesondere wird schließlich die Verurteilung Dr. Feingers als gefordert, dessen Verurteilung in weitestem, auch bürgerlichen Kreisen der Bevölkerung als widerrechtlich und ungerecht erachtet werde. Sämtliche Entschlüsse wurden unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen.

Reichstagung der Zentrumspartei.

Berlin, (Funkpruch.) Im preussischen Landtag nahm am Sonntag der diesjährige Zentrumsparteitag mit Sitzungen des Reichsparteivorstandes seinen Anfang. Der Parteitag ist aus allen Teilen des Reiches sehr stark besetzt. Der Parteitag soll nach dem Willen der Parteileitung vor allem dazu dienen, im Zentrum vorhandene innere Gegensätze auszugleichen. Am Nachmittag fand eine Sitzung des Parteivorstandes, des Reichsparteiausschusses, der Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände und der Generalsekretäre statt. In den Beratungen nahm auch Reichskanzler Marx teil. Seine Auffassung über die vom Zentrum einzuführende Politik läßt sich etwa dahin zusammenfassen: Das Zentrum muß eine ausgeprägte Partei der Mitte des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs bleiben. Darum konnte eine Erweiterung der Regierung nur nach rechts und links in Frage kommen. Die Londoner Abmachungen mußten unbedingt loyal und ehrlieh erfüllt werden. Für das Zentrum werden auch im kommenden Reichstag nur solche Parteien koalitionsfähig sein, die sich unabweisbar und ohne Hintergedanken auf den Boden der Tatsachen stellen, die durch die Annahme der Damesgelei gegeben sind und die weiter die unbedingte Gewähr dafür bieten, daß sie ernstlich die Weimarer Verfassung gegen alle Angriffe verteidigen wollen.

In den Verhandlungen spielte vor allem die bayerische Frage eine Rolle, das heißt der Gegenstand, der z. Bt. zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei besteht. Es sind in beiden Lagern Vertretungen vorhanden, beide Parteien zu einer Verschmelzung zu bringen, aber es kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Bemühungen keinen Erfolg haben werden und daß die Bayerische Volkspartei ihre Selbständigkeit behalten wird. Der Widerstand gegen eine Verschmelzung in der kommenden Verbindung mit dem Zentrum kommt vor allem aus Oberbayern. In oberbayerischen Kreisen werden Forderungen aufgestellt, die für das Zentrum nicht annehmbar sind. Es kommt daher für die beiden Parteien nur eine Verständigung über die Wahlen in Frage. Bekanntlich ist von einigen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei die Anregung gegeben worden, die Bayerische Volkspartei solle als christlich-liberalistische Volkspartei im ganzen Reich Kandidaten aufstellen. Dazu wird es nicht kommen, da die Parteileitungen beider Parteien geneigt sind, einen Burgfrieden zu schließen. Der Streit geht nur noch um eins, das Zentrum legt großen Wert darauf, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Holmann-Ludwigshafen wieder aufzustellen, den die Bayerische Volkspartei auf die präzisieren Mandate für sich beansprucht. Doch ist anzunehmen, daß es auch in dieser Frage zu einer Einigung kommen wird.

In München tagte am Sonntag ebenfalls die Parteileitung der Bayerischen Volkspartei, die mit der Zentrumsparteileitung in Berlin dauernd in telegraphischer Verbindung stand. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Die Reichstagsabgeordneten beschäftigten sich weiter noch mit der Vorbereitung des Wahlaustritts und der Organisation der Neuwahlen zum Reichstag und preussischen Landtag. Am Abend fand eine Besprechung der auswärtigen Teilnehmer statt.